

17. EDV-Gerichtstag 2007

Bund-Länder-Kommission III

Europa, Bund und Länder– gemeinsam E-Justice gestalten

Zeit und Ort: Freitag, 21.09.2007, 09.00 bis 11.00, Gebäude 4.1, Hörsaal 111

Referenten:

Holger Radke, Regierungsdirektor im Justizministerium Baden-Württemberg

Benjamin Lesjak, Justizministerium Slowenien

John Murray, Dipl.-Informatiker bei der Enterprise Registry Solutions Limited

Carsten Schmidt, Dipl.-Rechtspfleger im Justizministerium Nordrhein-Westfalen

Jost-Michael Kausträter, Direktor des Amtsgerichts am Amtsgericht Marl

Protokoll: Jens Colling

Zunächst führte Herr Radke vom Justizministerium Baden-Württemberg in die Thematik ein, indem er einen umfassenden Überblick der grenzüberschreitenden Arbeit an gemeinsamen Projekten von Bund und Ländern im Rahmen der „Working Party on Legal Data Processing (e-Justice)“ präsentierte.

Er erläuterte die Idee, welche hinter dem Projekt "E-Justiz" steht, nämlich eine größere Effizienz der Justiz in Europa im Verhältnis zum Bürger zu erreichen. Hierzu müssten vorrangig diejenigen Projekte gefördert werden, die sowohl positive Effekte auf die Arbeit der Justiz aufweisen, als auch den Bürgern den Zugang zur Justiz vereinfachen.

Ferner müssten die Projekte so angelegt sein, dass möglichst alle Mitgliedstaaten einbezogen werden und die Umsetzung des geltenden EU-Rechts gewährleistet ist. So seien neue Errungenschaften oftmals nur auf Grund von Vorgaben aus Brüssel und dem Druck ihrer Umsetzung erreicht worden. So beispielsweise sei die Einführung des elektronischen Handels- Partnerschafts- und Genossenschaftsregisters zum 1. Januar 2007 auf die SLIM IV-Richtlinie zurückzuführen. Weiterhin solle ab dem 1. Januar 2009 ein vereinfachtes, formulargestütztes Verfahren für grenzüberschreitende Forderungen bis zu €2.000,- eingeführt werden, welches auf die sog. "Small Claims" Verordnung zurückzuführen sei und ab dem 12.

Dezember 2008 solle auf der Grundlage der Verordnung zum europäischen Mahnverfahren ein Zahlungsbefehl für grenzüberschreitende Forderungen eingeführt werden, wobei Herr Radke darauf hinwies, dass auf Grund einiger Bemühungen um das deutsche automatisierte Mahnverfahren dieses gerettet werden konnte, wonach ein europäisches Modell nicht übernommen werden musste.

Zu nennen seien aber nicht nur die Vorgaben aus Brüssel, sondern auch die Vorstellungen und Wünsche der Bürger und der grenzüberschreitend agierenden Unternehmen. Genannt seien beispielsweise die Strafregistervernetzung, eine Verbesserung der Transparenz der Wirtschaft, zum Beispiel durch Vernetzung der Handels- und Insolvenzregister, aber auch eine Verbesserung der grenzüberschreitenden Kommunikation, beispielsweise durch Schaffung von gemeinsamen technischen Standards für Registrierung und Authentifizierung. Es bestünde nämlich das Bedürfnis einer umfassenden und zentralen Informationsbeschaffung, die in der Lage ist, die bestehenden Sprachbarrieren zu beseitigen.

Dann stellte Herr Radke überblickhaft dar, wie diese Ziele umgesetzt werden und welche Aktivitäten in Europa bereits existieren. So bestünden diverse Institutionen, durch welche Europa und die teilnehmenden Mitgliedstaaten zusammenarbeiten. So gäbe es beispielsweise die Ratsformation "Justiz und Inneres", welche gemeinsam mit dem Europäischen Parlament Legislativaufgaben wahrnehme, ferner den " Ausschuss der ständigen Vertreter (AStV) ", der wiederum gemäß Artikel 19 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Rates mit entsprechender Zustimmung Ausschüsse oder Arbeitsgruppen einsetzen könne, um zuvor bestimmte vorbereitende Arbeiten oder Untersuchungen durchzuführen. Insbesondere sei aber die "Working Party on Legal Data Processing (e-Justice)" zu nennen. Diese bestehe aus Vertretern der 27 Staaten und der Europäischen Kommission, wobei der Vorsitz durch ein Mitglied des Rates und der Co-Vorsitz durch die Präsidentschaft (derzeit Frankreich) geführt würden. Dann schilderte Herr Radke die verfassungsrechtlichen Vorgaben Deutschlands, die auf europäischer Ebene die Zusammenarbeit von Bund und Ländern erforderlich machten. Deshalb sei Deutschland durch das BMJ, aber auch durch jeweils einen Ländervertreter bei e-Justice vertreten. Weiterhin wurden dann einzelne Aktivitäten vorgestellt, so unter anderem die Konferenzen „New IT-Solutions for Courts, Administration of Justice and Legal Information Systems“ im Jahre 2006 in Wien, „Work on eJustice“, im Jahre 2007 in Bremen und die Konferenz „E-Justice & E-Law“, diesen Jahres in Portorôsz (Slowenien); ferner

wurde die Konferenz „From e-Justice to European e-Justice“, die am 02. Oktober 2008 in Dijon stattfinden wird, angekündigt.

Auch sei bereits ein Portalverbund, der unter www.ejustice.eu zu erreichen ist, bereitgestellt. Das Ziel ist die Entwicklung einer Drehscheibe für die Justiz auf europäischer Ebene. So sei beispielsweise eine Insolvenzregister- und Handelsregistervernetzung erreicht worden; ferner würden auch Grundbuchinformationen bereitgestellt. Herr Radke merkte aber kritisch an, dass noch erheblicher Harmonisierungsbedarf bestünde, insbesondere hinsichtlich der Rechtslage in den einzelnen Mitgliedstaaten. Weitere Aktivitäten seien im Bereich der Strafregistervernetzung, an der aktuell 6 Länder aktiv beteiligt sind und im Bereich Videokonferenzverfahren zu verzeichnen. Außerdem sei mit der Bereitstellung des „Distributed Identity Management (DIM)“ ein wesentlicher Schritt zur Verwirklichung einer zentralen Identifizierung und Authentifizierung getan; allerdings sei damit das Ziel, nämlich dem Nutzer eine nur einmalige Registrierung zu ermöglichen, noch nicht erreicht und es bedürfe demnach noch einiger Bemühungen. Im Hinblick auf den Informationsbedarf seien bereits Rechtsprechungs- und Gesetzesportale sowie weitere Informationsportale eingerichtet, die dem Nutzer bereits jetzt schon zahlreiche Möglichkeiten der Recherche juristischer Inhalte an die Hand gäben.

Dann berichtete Herr Radke von der "Europäischen Strategie über die e-Justiz vom 30. 10. 2008, nach der der bestehende Rechtsrahmen beibehalten werden solle, dezentrale Strukturen privilegiert werden und die Vorhaben unter europäischer Koordinierung stattfinden sollen. Ferner gehöre nach der Stellungnahme der EU-Kommission das e-Justice Portal, in welchem Informationen, Orientierungshilfen und der Zugang zu europäischen Verfahren gewährleistet würden, eine effizientere Zusammenarbeit der Justiz und ein Aktionsplan zu den prioritären Maßnahmen. Eine effizientere Zusammenarbeit der Justiz solle durch die Fortführung der Strafregistervernetzung, durch die Förderung von Videokonferenzen, sichere Kommunikationsnetze, Übersetzungshilfen, Dolmetscher- und Übersetzungsdatenbanken weiter vorangetrieben werden. Der Aktionsplan sehe die Koordinierung durch die Kommission, die Konzeption, die Einrichtung und Pflege des Portals, sowie die Sicherstellung der Finanzierung vor.

Dazu merkte Herr Radke kritisch an, dass das Portal eher eine Linksammlung statt einer Eröffnung eines tatsächlichen Zugangs zu den Anwendungen darstelle und eine Ausklammerung des sog. "Identitätsmanagements" sowie die Ausklammerung von wichtigen Bereichen wie beispielsweise Grundbuch- und Unternehmensregister insgesamt ein zu „enges Verständnis“ von E-Justice sei. Außerdem sei die EU-Kommission als Leitung der

Koordination zu weit von der Justizpraxis entfernt, was sich eher kontraproduktiv auf die Koordination auswirke.

Damit beendete Herr Radke seine Ausführungen und überließ das Wort Herrn Benjamin Lesjak, der das slowenische Justizministerium vertrat und anknüpfend an den Vortrag von Herrn Radke von den Erfahrungen über e-Justice aus slowenischer Sicht, insbesondere der Sicht unter slowenischer Präsidentschaft berichtete.

Im Anschluss daran berichtete der Dipl.-Informatiker der Firma Enterprise Registry Solutions Limited John Murray und der Direktor des Amtsgericht des Amtsgerichts in Marl Herr Jost-Michael Kausträter von einer bislang erfolgreich verlaufenden Zusammenarbeit zwischen dem Justizministerium Nordrhein-Westfalen und der ERS Limited hinsichtlich eines Pilotprojekts zur Handelsregistervernetzung. Sodann folgte ein kurzer Vortrag des Diplom Rechtspflegers Herr Karsten Schmitt aus dem Justizministerium Nordrhein-Westfalen ebenfalls über ein Pilotprojekt, nämlich das Europäische e-Justice Portal, nachdem dann schließlich gegen 10.50 Uhr die Sitzung eines interessanten Arbeitskreises beendet war.